

# Warum die britische "Bill of Rights"-Diskussion uns alle angeht

Maximilian Steinbeis

2011-11-10T18:02:40



Die Briten haben in diesen Tagen Gelegenheit, sich zu einer ziemlich fundamentalen verfassungspolitischen Frage Gedanken zu machen: Braucht Großbritannien gesetzlich garantierte Grundrechte?

Dazu findet gerade eine [Konsultation](#) statt, die bis morgen läuft. Aufgerufen hatte dazu eine Regierungskommission, die genau diese Frage beantworten soll: Soll es künftig eine "UK Bill of Rights" geben oder nicht?

Die Briten haben bekanntlich keine geschriebene Verfassung, und damit auch nichts unserem Grundrechtekatalog in Art. 1-19 GG Vergleichbares. Ihre ungeschriebene Verfassung wiederum sieht als einen tragenden Pfeiler vor, dass das Parlament in Westminster souverän ist: Kein Gesetz, das es erlässt, bindet das Parlament für die Zukunft. Kein Gericht kann ein Gesetz, das vom Parlament erlassen wurde, kippen, weil es höherem Recht widerspricht. Es gibt kein höheres Recht.

## **Dorn im Verfassungsfleisch**

Aber das stimmt so eigentlich schon lange nicht mehr: Es gibt das EU-Recht, das Anwendungsvorrang beansprucht. Und es gibt die Europäische Menschenrechtskonvention. Über die wacht der EGMR, und wenn das Parlament zu Westminster etwas beschließt, was die Menschenrechte verletzt, dann wird es in Straßburg verurteilt. Was gar nicht selten [vorkommt](#).

Seit 1998, als Tony Blair noch nicht lang im Amt war und noch überall als cooler Typ durchging, gibt es den Human Rights Act: Der macht die EMRK zu bindendem nationalem Recht, mit der Folge, dass auch britische Gerichte Verstöße feststellen können. Die Straßburger Rechtsprechung haben sie dabei zu berücksichtigen.

Soweit sie aber ein Gesetz für EMRK-widrig halten, dürfen sie es nicht einfach ignorieren – da sei dann doch die Parlamentsouveränität vor. Sie müssen eine "Declaration of Incompatibility" verkünden – also den Konventionsverstoß quasi amtlich feststellen, damit das Parlament ihn dann beheben kann.

So gesehen haben die Briten schon längst Grundrechte. Aber halt keine britischen.

Tony Blair ist Geschichte. Jetzt regieren, wenn auch in Koalition mit dem Liberaldemokraten, die Tories. Die mögen Europa bekanntlich nicht so. Die würden den Straßburger Usurpatoren gern wieder ihr Rule, Britannia! entgegenschmettern. In dem Kontext steht die Überlegung, den hässlichen Europa-Human-Rights-Act durch eine erz- und urbritische Bill of Rights zu ersetzen.

## **Den EGMR zurückpfeifen**

Das soll uns alles recht sein. Für uns relevant wird das aber dadurch, dass der britische Ehrgeiz, grundrechtspolitische Souveränität zurückzugewinnen, nicht bei der eigenen Bill of Rights halt macht.

Die Briten führen seit Montag den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats. Dort wird seit Jahren diskutiert, wie man den EGMR mit seinem Verfahrensrückstau von über 100.000 Fällen effizienter machen kann. Und diese Diskussion wollen die Briten erklärtermaßen dazu hernehmen, den EGMR zurückzupfeifen.

Justizminister [Kenneth Clarke](#) und Attorney General [Dominic Grieve](#) haben angekündigt, sich während ihres Vorsitzes im Europarat dafür stark machen zu wollen, dem "Subsidiaritätsprinzip" mehr Geltung verschaffen zu wollen.

Was das heißen soll, ist nicht recht klar: Subsidiarität heißt eigentlich, dass die Umsetzung der Urteile des EGMR in der Hand der Mitgliedsstaaten verbleibt. Das tun sie ja eh. Mir scheint, da geht es um etwas anderes: Da soll am Margin of Appreciation gedreht werden. Der EGMR soll darauf festgelegt werden, den Mitgliedsstaaten auch dann, wenn er einen gemeinsamen europäischen Standard des Menschenrechtsschutzes feststellt, einen Beurteilungsspielraum zu lassen.

Nun verschafft der Vorsitz im Ministerkomitee den Briten noch keine Mehrheit unter den 47 Mitgliedsstaaten, die Konvention zu ändern, zumal das ohnehin Jahre dauern würde. Aber für eine gemeinsame Erklärung könnte es reichen, und der würde seine Wirkung auf Straßburg auch nicht verfehlen.

Dazu kommt, dass mittlerweile auch andere Regierungen den britischen EGMR-Skeptizismus teilen, und zwar solche aus Ländern, die bisher zu den Treuesten der Treuen gezählt haben, wie den [Niederlanden](#).

### **Verantwortung der Mitgliedsstaaten**

Nun ist es nicht so, dass an dem Verdruss der Briten und Niederländer nicht auch etwas dran wäre. Der EGMR hat nicht immer das allersensibelste Gefühl dafür, was er mit seinem Urteil in den einzelnen Staaten anrichtet. Wer ein Gesetz kassiert, das ein demokratisch legitimes Parlament beschlossen hat, sollte schon echt gute Gründe dafür anführen können, und das ist nicht immer der Fall.

Aber das ist die Verantwortung der Richter. Die Mitgliedsstaaten haben aber ihren Teil dazu beizutragen, dass der EGMR seinen Job machen kann.

Das Ministerkomitee überwacht, ob die Urteile aus Straßburg auch umgesetzt werden. Das tun Länder wie Russland oder die Türkei gelegentlich höchst ungern. In diesem Fall fährt das Ministerkomitee eine Name-and-Shame-Strategie, veröffentlicht Beschlüsse, das das Umsetzungsversäumnis Jahr für Jahr in immer schärferer Form feststellt, bis das dem Sünderstaat irgendwann so peinlich wird, dass er das Urteil am Ende umsetzt. Das hat bisher noch immer funktioniert, auch wenn es teilweise Jahre dauerte.

Aber wenn das Ministerkomitee anfängt, lau zu werden und selbst mehr am EGMR herumzumeckern als ihn zu unterstützen – dann wird das nicht mehr funktionieren. Dann können es sich die verurteilten Regierung gemütlich machen. Dann können die Mütter verschwundener Tschetschenen und die Insassen griechischer Flüchtlingslager klagen, bis sie schwarz werden.

Und dazu dürfen wir es nicht kommen lassen.

